Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Reden zum 8. Mai 2017	ab Seite 3
Fragen/Antworten - Gebietsreform	Seite 10
Buchbesprechung: Daniil Granin „Mein Leutnant“	Seite 12

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis | 23. Jahrgang, Juni | Preis: Spende

Arnstädter Frühlinksfest 2017

So gesehen...

...haben Lügen kurze Beine. Aber nirgendwo ist definiert, was kurz eigentlich heißt. 27 Jahre nach der Übernahme der DDR durch die BRD kommen nun Zahlen ans Tageslicht, die einem kalte Schauer über den Rücken treiben. Es geht um Geld, Geld welches aus dem Westen in den Osten geflossen ist. Geld, um die zusammengebrochene Wirtschaft im Osten wieder aufzubauen. Unter dem Motto „Aufschwung Ost" sind bis zum Jahr 2017 1,6 Billionen Euro in den Osten Deutschlands geflossen. 130 Milliarden Euro davon wurden allein in den ersten fünf Jahren für den Aufbau der Infrastruktur verwendet. Davon profitiert haben fast ausschließlich westdeutsche Firmen. Zum Beispiel gab es in Ostdeutschland nicht eine Spedition, die die Ausschreibungskriterien für den Autobahn- und ICE-Trassenbau erfüllt hätte. Alle waren schlicht zu klein, hatten zu wenige Fahrzeuge. Also ging der Zuschlag an westdeutsche Unternehmer.

Der Aufbau Ost wurde von der EU und den westdeutschen Bundesländern und seit 1991 durch die Einführung des „Solis" von allen Steuerzahlern finanziert.

Leider ging der Aufschwung nahezu komplett am Osten vorbei. Während die ostdeutschen Bundesländer bis 1994 ca. 3,5 Millionen Arbeitsplätze verloren haben, entstanden im Westen rund eine Million neue Stellen.

Ein Sanierungsprogramm für die westdeutsche Wirtschaft. Das westdeutsche Bruttoinlandprodukt stieg im Jahr 1990 um sechs Prozent, 1991 und 1992 um fünf Prozent. Das waren die stärksten Wachstumsraten seit den 60er-Jahren. Im Osten dagegen brach die Wirtschaft um mehr als zwei Drittel ein.

Die Handelskonzerne Rewe, Aldi, Karstadt & Co haben sich den Einzelhandelsmarkt im Osten aufgeteilt. Verkauft wurden dort fast ausschließlich Westwaren. 1992 wurde die Hälfte des Ost-Einzelhandel-Umsatzes von 15 Milliarden Euro von Unternehmen mit Sitz im Westen erzielt. Die Gewinne und damit auch die Gewerbesteuern flossen in die sogenannten alten Länder.

Der Anteil der Gewerbesteuern aus dem Osten betrug 1992 gerade einmal 1,25 Prozent.

Im Osten dagegen brach die Wirtschaft um mehr als zwei Drittel ein.

Diese Auswirkungen sind bis heute spürbar. Es gibt so gut wie keine ostdeutschen Besitzer von Produktionsmitteln. Echte Niederlassungen von Firmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben Seltenheitswert. In den allermeisten Fällen handelt es sich um Tochterfirmen westdeutscher oder ausländischer Unternehmen.

Bis heute finden wir an den Spitzen vieler Verwaltungen sehr oft Menschen, die als „Aufbauhelfer", ausgestattet mit der sogenannten „Buschzulage" hier her gekommen sind, um mit ihrem Wissen den Aufbau zu unterstützen. Das diese dann beim Aufbau auf alte Verbindungen zurückgegriffen und lukrative Aufträge ausschließlich in den Westen vergeben haben, klingt erstmal logisch. Das damit aber keinerlei wirtschaftlicher Erfolg für die Regionen zu erzielen war, wurde nie thematisiert. Schade.

Nun, im Jahr 27 der „Wiedervereinigung" reden Politiker von einer mindestens 40 jährigen Zeitspanne, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse angeglichen sind.

Also wird wieder auf die Zukunft verwiesen. Ohne Garantie, ob die wirtschaftliche Gleichheit auch eine soziale Gleichheit mit sich bringen wird.

Also vierzig Jahre nach dem Versprechen des Allvaters der West-CDU, Kohl, „Niemand wird es schlechter gehen, ...", kommen die blühenden Landschaften dann doch noch. Für wie viele Menschen die Erfüllung dieses Versprechens zu spät kommt, interessiert Politiker nur sporadisch.

Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Möller, Alexander;
41 Jahre; Schmiedefeld

***Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen."**

Inhalt:

So gesehen...	Seite 2
Rede von Landrätin Petra Enders zum 72. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai in Arnstadt	Seite 3
Rede von Karl-Heinz Mitzschke am 8. Mai 2017 in Ilmenau	Seite 5
Vor der Wahl ist nach der Wahl. Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen	Seite 6
Emotional geführte Kreissitzdebatte auch in Arnstadt. Arnstadt hat Chancen Kreissitz zu bleiben. Arnstadt hat aber auch Potenziale jenseits des Kreissitzes.	Seite 7
Großes Dankeschön !	Seite 8
Kommunen und Freihandel	Seite 9
Tolle Stimmung beim Neumitgliedertreffen	Seite 9
Fragen/Antworten - Gebietsreform	Seite 10
Wohnungssanierung „An der Weiße" startet	Seite 11
Buchbesprechung: Daniil Granin „Mein Leutnant"	Seite 12
Aus dem Kalten Krieg: Vor 60 Jahren – Tod in den Iller-Fluten	Seite 14
Termine	Seite 16

Rede von Landrätin Petra Enders zum 72. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai in Arnstadt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
hier, auf diesem Gräberfeld des Arnstädter Friedhofes haben seit über 70 Jahren sowjetische Soldaten und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter fern ihrer Heimat ihre letzte Ruhestätte gefunden. Es ist eine gute Tradition, dass alljährlich am 8. Mai auf jedes dieser Gräber ein Blumengruß gelegt wird. Ein Blumengruß - als Gleichnis dafür, dass keiner vergessen ist.

Es ist aber auch genauso eine Mahnung, dass Leid der hier begrabenen Menschen zum Anlass zu nehmen, um daran zu erinnern, welche Grausamkeiten, welche Menschenverachtung Kriege hervorbringen und diese Veranstaltung ist für uns Anwesende stets eine Verpflichtung, alles dafür zu tun, dass so etwas nicht wieder vorkommt.

2017 ist es von zunehmender Bedeutung, dass 72 Jahre nach Kriegsende immer weniger Zeitzeugen leben, die von damals berichten können. Denn, es ist eine Erfahrung, nichts ist beeindruckender, als wenn Menschen, die das tatsächlich erlebt haben darüber reden. Ich sehe Jochen Traut und andere hier, die diese Zeit bewusst miterlebt haben und hoffe, dass sie bei guter Gesundheit uns noch viele Jahre helfen können, an dieses traurigste Kapitel deutscher Geschichte zu erinnern.

Ich erinnere mich an Gustaf Schliefke, Überlebender des KZ Auschwitz aus Ilmenau, der über diese Zeit sprach. Und ich erinnere mich, im April vor 2 Jahren hatten wir Pedro Mischtschuk zu Gast im Ilm-Kreis, ukrainischer KZ-Häftling des Sonderlagers S III Ohrdruf, der davon berichtete, wie er im Jonastal unter barbarischsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten musste.

Die Bilder, die ich als Augenzeuge erleben konnte, als er gemeinsam mit Oberst Dillert, der als amerikanischer Soldat im 2. Weltkrieg gegen die deutsche Wehrmacht kämpfte und Albrecht Dürer aus Liebenstein, der als Schuljunge in den Apriltagen des Jahres 1945 Zeuge der Ermordung von 12 KZ-Häftlingen in seinem Dorf geworden ist, die sich auf den Todesmarsch befunden haben.
Dieses Bild von 3 betagten aber rüstigen Männern, Arm in Arm, im Jonastal an den Eingängen zu den Stollen, das werde ich nie vergessen.
Und was mir aufgefallen ist: Kein Hass auf Deutschland, bei keinem. Aber eine klare Botschaft: Achtet die Würde der Menschen, geht friedlich miteinander um, lebt Toleranz und Nächstenliebe, lasst keine Kriege mehr zu!

Diese Bilder, liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt es zu bewahren. Es gilt aber auch, dass wir als Nachgeborene unser Wissen, unsere Einstellung und Haltung, die wir aus erster Hand übermittelt bekommen haben, wach halten und dafür sorgen, dass dies nicht vergessen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich sage: Es gehört zu der von uns wach zu haltenden Erinnerungskultur, dass wir den 8. Mai als Tag der Befreiung in würdiger Form begehen. Er gehört zu unserem Leben. Er hat sich in die deutsche Geschichte eingebrannt.

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des 2. Weltkrieges in Europa. Als Gedenktag erinnert er jährlich an die tiefe Zäsur von 1945: Den Neuanfang und die Befreiung von Krieg und Faschismus.
Heute ist der 8. Mai als Gedenktag für das Selbstverständnis der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken.
Wir wissen: Das war nicht immer so.
Wir wissen aber auch, selbst heute, sind wir bei diesem Selbstverständnis, einen solchen Tag gemeinsam zu begehen, noch immer nicht angekommen.

Bei der Gedenkveranstaltung im April im Jonastal zum Beispiel, waren neben dem Bürgermeister der Kreisstadt Arnstadt, Herrn Alexander Dill, vom Kreistag nur die Fraktionen der Linken und von SPD/Grüne vertreten.

Ich sage: Das ist nicht nur Nachlässigkeit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für uns Deutsche ist der 8. Mai im politischen Jahreskalender immer einer der Tage, wo wir öffentlich eigene Schuld eingestehen und wo wir dafür Verantwortung übernehmen.

Der 8. Mai ist aber auch der Tag, wo wir an

die Verdienste der Sowjetunion und ihrer Roten Armee gedenken. Sie haben die größten Opfer gebracht und die Hauptlast des 2. Weltkrieges getragen.
Aber an der Seite der Roten Armee haben in der Antihitlerkoalition amerikanische, französische und britische Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer Nationen gekämpft.

In unsere Städte und Dörfer, hier in Thürin-

gen, hier im Ilm-Kreis haben amerikanische Soldaten im April 1945 Frieden und Befreiung gebracht.

Ihnen allen gilt heute unser Dank für die Befreiung vom Faschismus!

Liebe Freunde,
auch in diesem Jahr begehen wir gemeinsam mit vielen Menschen in Europa und der ganzen Welt den nunmehr 72. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir erinnern daran: Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben.

Das darf nicht vergessen werden.

Altbundespräsident Richard von Weizäcker hat in seiner großen Rede am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag dazu gesagt:

„Das Vergessenwerden verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung".
Um dieses „vergessen" und „erinnern" geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren.
Wir dürfen das zwischen 1933 und 1945 in Deutschland geschehene nicht vergessen und wir wollen uns ganz bewusst - erinnern.

Wir wollen keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit. Wir wollen aus ihr lernen.
Und aus ihr zu lernen heißt, die Irrtümer und Verfehlungen zu kennen, die in die Katastrophe geführt haben. Das heißt auch, um die Schuld der Vorfahren zu wissen, unserer Vorfahren.
Die SS-Angehörigen, die hier vor 72 Jahren KZ-Häft-linge auf einen Todesmarsch nach Buchenwald trieben und Schwache und Kranke erschossen haben, waren Deutsche. Viel zu viele haben davor und bis zuletzt weggesehen. Das ist Teil unserer Geschichte, liebe Freunde. Zweifelsohne der grausamste.

Ich sage weiter: Wir dürfen angesichts des unvorstellbaren Leids, das von Deutschland während des 2. Weltkrieges ausging und in Europa bis zum Ende, am 8. Mai 1945 anhielt, auch nicht der Versuchung erliegen, diese damit verbundene Schuld in irgendeiner Art und Weise zu relativieren. Diese Schuld war einzigartig. Das kann nicht relativiert werden. Durch nichts!
Was nicht heißt, liebe Freunde, dass wir nicht darüber reden dürfen.
Wir müssen über Flucht und Vertreibung reden. Auch darüber, dass nach dem 8. Mai 1945 die Spaltung Europas begann und die 45 Jahre andauerte.
Aber wir dürfen damit nicht versuchen, uns von unserer Schuld rein zu waschen.
Und wenn ich noch eine dritte Lehre sagen kann: Deutschland hat bedingt durch die Geschichte des 2. Weltkrieges eine besondere Verantwortung, wenn es um den Osten unseres Kontinents geht. Bei aller Unterschiedlichkeit der Bewertung der Entwicklung in der Ostukraine zwischen Russland und der europäischen Union. Der Bundesrepublik fällt die Verantwortung zu, in besonderer Weise dafür einzutreten, dass Frieden die wichtigste Maxime unseres Handelns sein muss.
Es wird dort keine militärische Lösung geben.
Mehr noch, der militärische Faktor darf dort und nirgends auf der Welt, nicht in Syrien, nicht im Irak, zum bestimmenden Instrument der Politik werden.
Es muss endlich Schluss sein mit deutschen Waffenlieferungen. Diese Waffenlieferungen sind mit die entscheidende Ursachen für Krieg, Unterentwicklung, Armut und Hunger. Sie treiben Millionen Menschen auf die Flucht. Sie lösen kein einziges Problem.
Im Gegenteil – sie schaffen immer neue.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde und Genossen,
Sinn solcher Veranstaltungen wie der heutigen aus Anlass des Tag der Befreiung sollte es vor allem sein, eine öffentlich wirksame Geste des Mitgefühls, der Solidarität und der Freundlichkeit gerichtet an die von Deutschland überfallenen Völker, an die Familien der ermordeten, verschleppten und geschundenen Zivilisten, an die Opfer und Hinterbliebenen des industriellen Massenmordes an den europäischen Juden, aber auch an die gefallenen, verkrüppelten und ermordeten Soldaten der Antihitlerkoalition, an Sowjetsoldaten der Roten Armee, an amerikanische GI, an Britten an Franzosen, an alle, die mit dazu beigetragen haben, Deutschland vom Faschismus zu befreien.
Danke für diese Tat!

In diesem Sinne, liebe Freunde, vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Rede von Karl-Heinz Mitzschke am 8. Mai 2017 in Ilmenau

Als vor 72 Jahren dem Krieg in Europa der Atem ausging, das Schrillen der Sirenen aussetzte, das Dröhnen der Bomber verstummte und die Kanonen schwiegen war trotz aller Sorgen und Ängste eine große Erleichterung in den Menschen. Und in dem Tag lag die Hoffnung, dass nach dem Ende dieses furchtbaren Weltenbrandes nun der Weltfrieden anbräche. Jedoch: die Hoffnung stirbt zuletzt, sagt der Volksmund, aber sie stirbt. Sie starb sogar sehr schnell. Sie starb auf der koreanischen Halbinsel, sie starb in Palästina, sie starb, als der Mob wieder jüdische Menschen nur wenige Jahre nach dem furchtbaren Geschehen in Deutschland durch die Straßen von Kairo, Tripolis und Aleppo jagte, jenem Aleppo, das heute in Schutt und Asche liegt, sie starb im entlaubten, geschundenen Dschungel von Vietnam, sie starb, stirbt und in uns ist die Angst, sie wird weiter sterben. Auch deshalb, weil einigen, wenigen der Kamm schwillt und die Geldbörse obendrein und die fleißigen Deutschen liefern es fleißig dazu, das präzise, deutsche Schießgewehr. Immer gern zu Diensten! Jede Waffe findet ihren Krieg und jede Kugel ihr Opfer. Wir sollten es aus unserer Geschichte doch wissen!
„Das nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“, war das Versprechen welches in der Hymne eines kleinen deutschen Staates besungen wurde. Eingelöst werden konnte es nicht. Kein Jahr verging, in dem nicht irgendwo nach Blut stinkender Krieg wütete. Kein Jahr ohne bittere Muttertränen. Kein Jahr auf unserer Erde ohne Leid der Frauen, Männer und Kinder.
Ein zweiter Wunsch, eine Einsicht begleitete diesen Tag- „das die Völker reichen sich die Hände hin“, Getragen von der Zuversicht, dass die Freundschaft zwischen den Nationen jeden Krieg verhindern würde. Ist es der Fluch unserer Zeit, das die Unbelehrbaren wieder Kraft erlangen? Das die Weltspalter, die Nationalisten an Macht und Zulauf gewinnen, in Frankreich, Polen, Ungarn, in Österreich in der Türkei, den USA, in Deutschland? Das sie behaupten eine Alternative zu wissen, die sich auf Neid, Missgunst und kleinlichen Egoismus gründet. Sie verkünden eine unfrohe Botschaft, schon einmal hallte sie in deutschen Straßen-Deutschland den Deutschen. Wir stehen hier, weil wir wissen, wohin sie führte. Und wir müssen unsere Botschaft verkünden die der Solidarität mit allen Menschen, die der französischen Barrikaden: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Es ist keine Alternative für unsere Zeit, den alten, sauren Wein in neuen Schläuchen anzupreisen, unsere Zukunft lässt sich nicht mit dem Blick in die Vergangenheit gewinnen. Ich bitte Euch- widersteht dem Gedankengut der ewig Gestrigen.
Dieser Tag lässt sich für einen in diesem Land nicht würdigen ohne Blick darauf, dass nicht nur der Krieg endete, sondern auch eine furchtbare Diktatur, aus der wir uns trotz mutiger Taten nicht selbst befreien konnten. Deshalb Gedenken wir der Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft, wir gedenken der Menschen in anderen Völkern, die ihr Leben verloren haben, wir gedenken der sechs Millionen Juden die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, wir Gedenken aber auch allen Menschen die aus ihrer Heimat flüchten mussten und aller Soldaten, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben ließen und wir danken denen, die den Preis unserer Befreiung bezahlten.
Wir danken es vor allem dadurch, dass wir die Herausforderung annehmen, den Rechtsradikalen, die ungeniert in der Öffentlichkeit und im Internet ihre rassistischen Parolen verbreiten ihre Schranken weisen. Deshalb brauchen wir dieses Erinnern, um nicht zu vergessen, um unserer Zukunft willen. Und wir müssen dieses Erinnern wachhalten, es hinübertragen in die Generation der Jüngeren, um der unzähligen Opfer willen. Deshalb freue ich mich, dass heute auch der Kinder-und Jugendbeirat einen Vertreter zu uns geschickt hat.

Vor der Wahl ist nach der Wahl.

Zu Ergebnissen der Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen

Zunächst ist festzustellen: im Ergebnis der Landtagswahlen 2017 gab es in diesen Bundesländern einen Regierungswechsel von der SPD zur CDU.
Die CDU erreichte in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen eines ihrer Wahlziele: zu verhindern, dass DIE LINKE in den Landtag einzieht. Es war somit ein Wahlkampf gegen DIE LINKE.
Zu den Wahlergebnissen in den einzelnen Ländern.

Saarland: „Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger stellten am Wahlabend fest: „Wir freuen uns über ein gutes Ergebnis. DIE LINKE hat mit Oskar Lafontaine einen engagierten Wahlkampf geführt. Sie stand klar für soziale Gerechtigkeit, für Investitionen in Infrastruktur und für die Herstellung von Bildungs- und Steuergerechtigkeit. In einem Interview für die Tageszeitung „Die Welt“ kritisierte Sahra Wagenknecht den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Wenn er weiter so unkonkret bleibe, werde die SPD > noch öfter enttäuschen<. Auch wenn es im Saarland wohl weiterhin eine Große Koalition geben wird, (es gibt sie nunmehr) sei die Wahl keine Absage an ein rot-rotes Bündnis gewesen, sagte Klaus Ernst im >Deutschland-funk<. Der saarländische Landesverband der LINKEN freute sich > über ein ordentliches Ergebnis, DIE LINKE bleibe im saarländischen Landtag drittstärkste Kraft.“ (aus „Newsletter“ Mittwoch, den 29. März 2017).

Schleswig-Holstein: „Der Pfeil zeigt nach oben. Mit 3,8 Prozent (2012: 2,3 Prozent) haben die Genossinnen und Genossen aus Schleswig-Holstein ein respektables Ergebnis geholt. Bei gestiegener Wahlbeteiligung konnten wir die absoluten Stimmen fast verdoppeln. Von 29.868 Stimmen bei der letzten Landtagswahl auf 55.833 Stimmen. In Kiel, Flensburg und Lübeck liegen wir deutlich über 5 Prozent. Bei Erstwählerinnen und Erstwählern und bei allen unter 34 Jahren sind wir bei etwa 7 Prozent. Diese Entwicklung macht Mut für die kommenden Jahre auf dem Weg in den Landtag 2022. Mit Blick auf den September ist das Ergebnis auch eine solide Basis, um bei den Bundestagswahlen ein gutes Ergebnis einzufahren.“ (aus Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Beratung des Parteivorstandes am 7. und 8. Mai 2017)

Nordrhein-Westfalen: „Gewonnen und doch verloren“. Zur Wahl in Nordrhein-Westfalen erklärt Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE.Thüringen: „Der Wiedereinzug unserer Partei in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ist mit 4,9 Prozent knapp gescheitert. Ich gratuliere den GenossInnen für einen engagierten Wahlkampf und zur Verdoppelung ihres Ergebnisses. Es ist natürlich enttäuschend, dass es am Ende nicht gereicht hat. Eine laute Stimme im Parlament für soziale Gerechtigkeit, kostenfreie Bildung, bezahlbares Wohnen, für gute Arbeit und gegen die Rechte wäre dringend nötig gewesen. Und dennoch: Ich bleibe optimistisch, denn DIE LINKE wächst und legt zu. Nach der Wahl in Schleswig-Holstein und nun in Rheinland-Westfalen zeigt sich, dass es für DIE LINKE auch im Westen wieder bergauf geht, aber auch dort noch viel Arbeit vor uns liegt. Mit Blick auf die Bundestagswahl ist das heutige Ergebnis eine solide Ausgangslage. Es macht aber auch klar, dass wir weiter für eine bundesweite LINKE kämpfen müssen. Wir werden im Bundestagswahlkampf noch klarer machen müssen als bisher, dass eine LINKE im Parlament gebraucht wird, damit die Gesellschaft sozial und gerechter wird – und zwar für alle!“ (aus Presseinformation DIE LINKE.Thüringen. Wahl in NRW vom 15.05.17)

„Unser Wahlziel, in den Landtag einzuziehen, haben wir verfehlt. Wenn wir unsere absoluten Stimmen von 194.428 (2,6 Prozent) bei der Landtagswahl 2012 auf 414.496 Stimmen (4,9 Prozent) mehr als verdoppeln konnten, können wir aber trotzdem von guten Ergebnissen sprechen. In einigen Städten erreichten wir herausragende Resultate, in einigen Wahlkreisen in Köln und Bielefeld wurden wir sogar zweistellig. Es bleibt jedoch – wie auch schon in Schleswig-Holstein – bei gravierenden Unterschieden zwischen Stadt und Land, auch zwischen Jung und Alt. Wie sind in allen Altersgruppen bis zu 70 Jahren über 5 Prozent, aber das Ergebnis bei den über 70jährigen, zieht uns insgesamt raus aus dem Landtag.
Auch mit Blick auf die Bundestagswahl bleibt es eine Herausforderung, einerseits unsere Stärken weiter zu stärken, andererseits dem existierenden Gefälle entgegenzuwirken, sodass wir insgesamt gute Wahlerfolge einfahren können.
Die NRW-Wahl zeigt auch, dass die Strategie von Hannelore Kraft und der SPD abgestraft wurde. Denn damit wird den Wählerinnen und Wählern klar, dass auch eine Politik für soziale Gerechtigkeit ausgeschlossen wird. In Schleswig-Holstein und NRW erklärten uns die Sozialdemokraten zum Hauptgegner – die SPD verlor krachend. Wenn die Schlussfolgerungen ein weiterer Flirt mit der FDP (sie ist erstmalig wieder im Landtag. Mit der FDP und ihren Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag muss man mit diesem Wahlergebnis in NRW rechnen) ist, wird sie in Kürze wieder auf Gabriel-Niveau landen.“ (Aus der Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Parteivorstandssitzung am 14. und 15. Mai 2017)

Nach der Wahl ist vor der Wahl.
Die nächste Wahl, die zum Deutschen Bundestag erfolgt am 24. September 2017.
Aus den Ergebnissen dieser drei Landtagswahlen Schlussfolgerungen zu ziehen, steht auf der Tagesordnung.
Für uns in Thüringen dürfen die Debatten zur Gebietsreform nicht den Inhalt unserer Bundestagswahlziele überlagern, wir wählen nicht den Thüringer Landtag, sondern den Deutschen Bundestag, und der braucht eine starke Bundestagsfraktion der LINKEN, auch mit unserer Direktkandidatin Anke Hofmann-Domke.
Schlussfolgernd aus den Ergebnissen der drei Landtagswahlkämpfe und deren Wahlergebnisse, so muss unser Bundestagswahlkampf auch ein Wahlkampf um die Bürgerinnen und Bürger in den Dörfern des Ilm-Kreises werden, eine nicht leichte Aufgabe für uns alle.

Jochen Traut

Emotional geführte Kreissitzdebatte auch in Arnstadt
Arnstadt hat Chancen Kreissitz zu bleiben.
Arnstadt hat aber auch Potenziale jenseits des Kreissitzes.

Die von Rot-Rot-Grün geplante Verwaltungs- und Gebietsreform will die Städte stärken und zwar unabhängig vom Kreissitzstatus.
Obwohl seit Monaten klar ist, dass in Thüringen die Anzahl der Landkreise von derzeit 17 auf acht reduziert werden soll, gibt sich ein Teil der Öffentlichkeit überrascht und empört, weil neun bisherige Kreisstädte den Kreissitz verlieren sollen. Die Reformkritiker werden dabei nicht müde, den völligen Untergang einer Stadt zu beschreiben, wenn in dieser künftig der Landrat nicht mehr seinen Dienstsitz haben sollte.

Landesregierung wird dem Landtag einen Vorschlag für die künftigen Kreissitze unterbreiten

Der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales hat dem Kabinett nun einen Landkreisstrukturvorschlag unterbreitet und dabei auch die acht Städte benannt, die künftig Sitz des Landrates sein sollen. Bis zum 13. Juni 2017 wird die Ressortabstimmung innerhalb der Landesregierung abgeschlossen sein. Der Landtag wird sich voraussichtlich am 22. Juni 2017 erstmalig mit der Neustrukturierung der Landkreise beschäftigten. Es schließen sich die Ausschussberatungen und die öffentlichen Anhörungen an. Am 30. November 2017 könnte dann die Abschlussberatung im Landtag stattfinden. Die neuen Landkreisstrukturen sollen zum 1. Juni 2018 in Kraft treten. Bereits am 15. April 2018 würden die Kreistage und Landräte für die neue Struktur gewählt.
In nahezu allen derzeit 17 Kreisstädten gibt es zwischenzeitlich Initiativen zum Erhalt des Kreissitzes. Der Stadtrat Arnstadt hat auf Initiative von Pro Arnstadt und der LINKEN am 11. Mai 2017 eine einstimmige Resolution zum Erhalt des Kreissitzes beschlossen. Im Mittelpunkt der Resolution steht der Dialog mit dem Land zu den Kriterien der Bestimmung der künftigen Kreissitze.
Unabhängig von der Entscheidung zum Kreissitz im Einzelfall, ist heute schon klar, dass ab 1. Juli 2018 noch acht Städte Sitz eines Landrates sein werden und demzufolge mindestens neun Städte diesen Kreissitz verlieren werden.

Transparenz und Klarheit über Entscheidungskriterien sind notwendig

Bei dieser Entscheidungslage ist Transparenz und Klarheit über die Entscheidungskriterien von besonderer Bedeutung. Dies ist eine besondere Herausforderung sowohl für die Landesregierung als auch die Regierungskoalitionen.
In der öffentlichen Debatte hat es Rot-Rot-Grün bisher nicht ausreichend verstanden, dass Konzept zur Auswahl und Festsetzung der Kreissitze offensiv zu vertreten. Nur wenn klar ist, nach welchen objektiven Kriterien die Kreissitze festlegt wurden, kann für den Plan geworben und gegen unsachliche Kritik verteidigt werden.
Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat sich für landeseinheitliche Entscheidungskriterien für die Festsetzung der künftigen Kreissitze ausgesprochen, ohne sich aber bisher selbst auf derartige Kriterien einigen zu können.
Es gibt drei Grundkonzepte zur Auswahl und Festsetzung der künftigen Kreissitze.

Die größte Stadt eines Landkreises wird Kreissitz,
Die am zentralsten liegende Stadt wird Kreissitz,
Die Stadt mit den noch größten Entwicklungsdefiziten wird Kreissitz.
Zudem ist auch die räumliche Nähe zu einer kreisfreien Stadt zu beachten. Dies ist gerade auch für Arnstadt von Bedeutung.
Kreisfreie Städte haben immer oberzentrale Funktionen, die die Funktionen der Kreisstädte, die im Regelfall Mittelzentren sind, mit einschließen. Die oberzentralen Funktionen nehmen die kreisfreie Städte nicht nur für sich, sondern auch das Umland (die Region der Umlandlandkreise) wahr. Doppelverwaltungsstrukturen sind demzufolge nicht auszuschließen, wenn ein Kreissitz im unmittelbaren Vernetzungsbereich einer kreisfreien Stadt besteht. Dieser Vernetzungsbereich kann raumordnerisch im Regelfall mit 15 km Luftlinie angesetzt werden. Dies sollte bei der Neufestsetzung der Kreissitze vermieten werden.
Der nun vom Thüringer Innen- und Kommunalminister veröffentlichter Vorschlag lässt bisher nur im Ansatz klare einheitliche Auswahlkriterien erkennen. Wenn die Entscheidung zwischen Eisenach und Bad Salzungen zugunsten Bad Salzungen fällt, stellt sich beispielsweise die Frage, weshalb im Ilmkreis Gotha, und nicht Arnstadt, den „Zuschlag“ bekommen soll.

In der Debatte wie in der Entscheidung müssen aber konkrete Ausgleichsmaßnahmen für Städte, die künftig nicht mehr Kreissitz sind, vorgeschlagen werden. Derartige Ausgleichsmaßnahmen dürfen sich nicht auf finanzielle Zuwendungen begrenzen. Es geht auch um strukturelle Ausgleichsmaßnahmen, wie etwa Standorte von Landesbehörden und -Einrichtungen.
Klarzustellen wäre auch, dass alle bisherigen Kreisstädte Behördenstandorte der Landkreisverwaltungen bleiben. Ob dies dauerhaft sein wird, entscheiden aber im Rahmen der Organisationshoheit künftig die neuen Kreistage selbst. Erfahrungen aus der Kreisgebietsreform 1994 zeigen aber, dass es in den ehemaligen Kreisstädten bis heute Außenstellen der Landratsämter gibt. Ilmenau steht hierfür exemplarisch.
Klar ist dabei aber auch, dass die Anzahl der Dienstposten an den einzelnen Standorten reduziert wurden und werden.
Im vorliegenden Gesetzentwurf gibt es Aussagen zu den finanziellen Ausgleichszahlungen. In erster Linie soll es dabei Teilentschuldungen. Unumstritten sind derartige Teilentschuldungen einzelner Landkreise nicht. Andererseits führt diese Teilentschuldung dazu, dass die neuen acht Landkreise vergleichbare finanzielle Ausgangsbedingungen aufweisen werden.

Heftige Diskussionen wird es auch zum Vorschlag der finanziellen Anpassungshilfen geben. Der Minister für Inneres und Kommunales hat hier vorgeschlagen, dass die acht neuen Landkreise jeweils 1 Millionen Euro erhalten. Die Erwartungshaltung der Landkreise war sicherlich höher. Dies trifft auch die finanzielle Entschädigung für die Städte zu, die den Kreissitz und die Kreisfreiheit verlieren zu. Diese sollen nach dem Willen des Ministers jeweils fünf Millionen Euro erhalten. Zum einen ist die Betragshöhe wohl ernüchternd niedrig und zum anderen ist eine reine Pauschalzuweisung auch nicht sachgerecht, weil die Auswirkungen des Verlustes des Kreissitzes und der Kreisfreiheit in den betroffenen Städten recht unterschiedlich sein werden.

Ebenso wichtig wäre Klarheit zur Arbeits- und Funktionsweise der Bürgerservicebüros. Letztlich muss auch die Funktionalreform II, also die Aufgabenübertragung von den Landkreisen auf die Gemeinden konkretisiert werden. Im Zusammenhang mit der neuen Landkreisstruktur muss gesetzlich regelt werden, dass die Kreisverwaltungen künftig keine Publikumsverwaltung mehr im bisherigen klassischen Sinne sein

sollen. Dies hat Rot-Rot-Grün zugesagt und deshalb muss nun geliefert werden. Künftig muss niemand mehr in die Kreisverwaltung. Alle Landkreisangelegenheiten müssen künftig in den Bürgerservicebüros in der Gemeinde- und Stadtverwaltung erledigt werden können. Die Verwaltungswege werden für die Bürger*innen also nicht länger, sondern kürzer. Und genau dies ist ein großer Gebrauchswert der anstehenden Verwaltungs- und Gebietsreform.

Um die Debatte sachlich zu halten, lohnt sich auch ein Blick auf die Entwicklung der Städte, die seit 1994 ohne Kreissitz sind. Städte wie beispielsweise Schmalkalden, Ilmenau, Rudolstadt, Stadtroda, Bad Lobenstein, Schmölln, Bad Langensalza oder Leinefelde-Worbis haben sich offensichtlich nicht schlechter entwickelt als die derzeitigen Kreisstädte. Diese Städte unterstützen die These, dass die Entwicklung einer Stadt von vielen Faktoren abhängig ist. Die Industriestruktur, die Wohnungsmarkt- und Grundstückslage, die medizinische Versorgungsstruktur, Kultur, Freizeit, Verkehrsanbindung und -Situation sind viel bedeutsamer als der Status „Kreisstadt".

In der Debatte wurde auch thematisiert, ob nicht die Kreissitzbestimmung in den neuen Kreistagen erfolgen sollte. Rechtlich wäre das möglich, würde aber aller Voraussicht nach zu harten politische Auseinandersetzungen in den neugebildeten Kreistagen führen, die den Fusionsprozess dauerhaft belasten würden.
Diskussionswürdig wäre es jedoch, ein Modell zu prüfen, wonach die bisherigen Kreisstädte im neuen Landkreis als „funktionale Kreisverwaltungsstandorte" (FKVSt) definiert werden. Alle Kreisstädte würden damit ihren Status mit jeweiligem Behördenteil behalten. Die Landräte würden dann selbst ihren Dienstsitz festlegen. Ein solches Modell gibt es z.B. im Landkreis „Rhein-Neuss".

Beabsichtigt ist, dass die neuen Kreistage den endgültigen Namen des neuen Landkreises bestimmen können. Die Landkreisbezeichnungen im Gesetz sind somit nur vorläufig.

Die Debatten sind also nach wie vor im vollen Gange. Zurecht fordern die drei Regierungsfraktionen die Vorlage eines zustimmungsfähigen Vorschlags von der Landesregierung ein. Eine Einigung der 46 Abgeordneten der Regierungsfraktionen zu einem strittigen Vorschlag im Landtag ist auf Grund der unterschiedlichen Interessenslage der einzelnen Abgeordneten kaum denkbar.

Frank Kuschel

Großes Dankeschön !

Unser FrühLINKSfest am 27.05.2017 auf dem Theaterplatz in Arnstadt ist Geschichte.

Stadtvorstand und Stadtratsfraktion möchten allen Helfern ein großes „DANKESCHÖN" sagen!

Viele haben zum Gelingen beigetragen, nicht alle kennen wir mit Namen. Ihnen allen gilt unser Dank.

Insbesondere danken wir:

- Frank Kuschel als Anmelder und Sponsor
- Alex Basner für die Organisation der Bandauftritte und alle damit zusammenhängenden Fragen
- Carolin Rüffert, Simone Mergell und Ramona Schulz am Kuchenstand
- Rolf Büttner am Infostand
- Klaus Häßner bei der Kinderbetreuung
- Dem offenen Jugendbüro „RedROXX aus Erfurt für ihren Stand mit der Popcornmaschine
- Inge Giewald und ihren Helferinnen am Stand „Cuba Si"
- Thomas Schneider und Toni Fiedler beim Auf- und Abbau

Und nicht zuletzt gilt ein Extradankeschön unseren fleißigen KuchenbäckerInnen Carolin Rüffert, Simone Mergell, Heidi Häßner, Adelheid Bischof, Regina Günther, Judith Rüber, Manfred Zitzmann sowie Lutz Kellermann als Kuchensponsor

Der Stadtvorstand Arnstadt

Bestellschein

UNZ – muss ich haben!

Bitte schicken Sie mir die **UNZ** als Solidaritätsabo zu 35,- Euro ☐
oder als Geschenkabo zu 27,- Euro ☐
oder als Jahresabo zu 26Euro ☐

ab Monat ..... zu.
Meine Adresse: .....

Name: ..... Vorname: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Ich bezahle per: ☐ Überweisung ☐ Einzugsermächtigung
☐ halbjährlich ☐ jährlich

Mein Prämienwunsch:

☐ *Verlag für Akademische Schriften:* Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945, Thüringen

☐ Die Wahrheit des anderen – Texte von und über Dieter Strützel *Herausgegeben von Jens-Fietje Dwars*

☐ *Späte Einsichten – Die Macht des Kommunismus von Stalin bis Marx Herausgegeben von Dr. Werner Thümmler*

Datum: ..... Unterschrift: .....

UNZ-Verlagsgesellschaft mbH,
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
Telefon: 0361 / 7 31 57 95

Soziale Politik in die Rathäuser und nach Europa.
DIE LINKE.

UNZ mit PARLAMENTSREPORT - direkt aus dem Landtag
UNSERE NEUE ZEITUNG
informativ - bürgernah - und aktuell

Kommunen und Freihandel

...unter diesem Motto stand eine Konferenz am 24.4. 2017 in Nürnberg, an der auch einige Genossen aus dem Ilm – Kreis teilnahmen.

Organisiert wurde die Tagung durch 10 Organisationen wie attac, ver.di, Mehr Demokratie, BUND, Mission Eine Welt u.a. und unterstützt auch durch DIE LINKE.

Hintergrund der Beratung war, dass neuartige Handelsabkommen wie CETA, TiSA und TTIP durch Investorenschutz und umfassende Marktöffnungsvorschriften den demokratischen Gestaltungsspielraum beschneiden. Betroffen sind alle demokratischen Ebenen bis hin zu den Kommunen. Nicht einmal die Wasserver- und entsorgung, Gesundheitssysteme sowie der ÖPNV und Kultureinrichtungen werden vollständig vor mehr Wettbewerb und Profitinteressen geschützt. So wird es den Kommunen erheblich schwerer gemacht, künftig eine gute und bezahlbare Grundversorgung aller Bürger/innen sicherzustellen.

CETA und TTIP gefährden außerdem die bäuerliche Landwirtschaft und den Verbraucherschutz.

Zur Sicherung der kommunalen Souveränität hat sich im April 2016 ein europäisches Netzwerk von inzwischen mehr als 2000 Städten und Gemeinden gegründet.

Zur Zeit herrscht gespannte Ruhe. CETA wurde im Februar vom Europäischen Parlament mehrheitlich abgesegnet und muss nun von den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Wann das passieren wird ist unklar.

Offen ist auch die Zukunft von TTIP, nach der Wahl von Trump liegt es auf Eis, da er ein erklärter Freihandelsgegner ist.

Außerdem verhandelt die EU seit 2012 über ein Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen, das Trade in Services Agreement (TiSA). Ziel dieses Abkommens ist es, eine „überaus ambitionierte“ Liberalisierung des Dienstleistungssektors zu erreichen.

Das geplante TiSA ist ein Angriff auf das öffentliche Interesse, da es nicht sicherstellt, dass durch ausländische Investoren Investitionen in die Dienstleistungssektoren tatsächlich zu den öffentlichen Zielen und nachhaltigen Volkswirtschaften beitragen.

Wir können nicht lebenswichtige Dienste in den Kommunen ausländischen Konzernen überlassen!

Die 3 Bündnisse, die bisher den Massenprotest gegen die Abkommen deutschland- und europaweit trugen, haben sich Ende April neu aufgestellt: Gemeinsam wollen sie künftig als „Netzwerk Gerechter Welthandel“ auf die europäische Handelspolitik einwirken.

Die EU hat noch ca. 20 Freihandelsabkommen in der Pipeline, die alle die gleichen neoliberalen Ziele verfolgen und natürlich alle geheim verhandelt werden.

Das Bündnis setzt sich für einen gerechten Welthandel ein, im Unterschied zu rechten Freihandelsgegnern wie Donald Trump und für eine bürgernahe Daseinsvorsorge.

Vor der Bundestagswahl im Herbst sind keine größeren Aktionen geplant, sowie es aber Ernst wird wird das Bündnis seine Kritik und seine Alternativen wieder auf die Straße tragen.

Dann sind auch wieder viele Unterstützer gefragt.

R.B.

Tolle Stimmung beim Neumitgliedertreffen

Unser Kreisverband konnte in den letzten anderthalb Jahren 10 Neumitglieder in seinen Reihen begrüßen. Darunter auch viele junge Menschen, sogar Schüler. Aus unterschiedlichsten Beweggründen und Interessenlagen heraus haben sie sich für eine Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE. entschieden.

Diesen Schwung wollten wir nutzen. Wir haben unsere Neuankömmlinge am 4. Mai in das Café Liberty nach Ilmenau eingeladen. Hier hatten sie die Gelegenheit, unsere Strukturen kennenzulernen, sich untereinander auszutauschen, erste Kontakte zu knüpfen und Wünsche, Erwartungen und Anregungen zu äußern.

Zur Begrüßung überreichten wir ihnen kleine Willkommenspakete. Diese enthielten unter anderem die nächsten Veranstaltungstermine, die Kontaktdaten der Kreisvorstandsmitglieder, unsere Mitgliederzeitung und eine Übersicht über die Landesarbeitsgemeinschaften der Partei. Dies war genau die richtige Idee, denn unsere Neumitglieder waren ganz begierig darauf, zu erfahren wo und wie sie sich einbringen und an wen sie sich bei Fragen wenden können.

Es war schön zu sehen, dass alle Teilnehmer von Anfang an einen sehr guten Draht zueinander hatten. Der Wunsch nach der Gründung einer Jugendgruppe in Ilmenau wurde artikuliert, die Bereitschaft zur Wahlkampfunterstützung vor Ort zugesichert und es entstanden sehr schnell tiefgreifende philosophische Gespräche über aktuelle und historische Entwicklungen der Weltpolitik.

Rundum war es ein toller Abend, der uns voller Tatendrang auf den Bundestagswahlkampf blicken lässt, in dem wir hoffentlich noch viele weitere Mitstreiter gewinnen werden.

Carolin Rüffert

Fragen/Antworten - Gebietsreform

Herr Kuschel, sie posteten unlängst im Internet, ohne K&K-Reform würden die Kommunen handlungsunfähig. Was genau meinen Sie damit?

Es gibt zwischenzeitlich erhebliche neue Herausforderungen für die Kommunen. Diese ergeben sich aus der rasanten Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft, den demografischen Entwicklungen (wir werden weniger und älter), dem zunehmenden Fachkräftebedarf und natürlich auch den begrenzten finanziellen Mitteln. Wir haben in Thüringen von den derzeit 849 Gemeinden 571 mit weniger als 1.000 Einwohnern. In dieser Struktur sind Innovation und Leistungsfähigkeit nicht entwickelbar. Der dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen mit seinen rund 50 Landesmittelbehörden, in dem 18.500 Beschäftigte 23.600 Aufgaben erfüllen, ist zu teuer und kaum demokratisch steuer- und kontrollierbar. Wenn diese Aufgaben aber im Grundsatz auf die Kommunen übertragen werden sollen, geht das nicht bei 17 Landkreisen und sechs kreisfreien Städten. Die Landkreise sind zudem in ihrer jetzigen Struktur reine Verwaltungsbehörden mit nur ganz wenigen Selbstverwaltungsaufgaben. Die CDU hat bereits 1994 den Landkreisen die Selbstverwaltung stark begrenzt. Die Landkreise finanzieren sich zu 60 Prozent aus Landeszuweisungen, 35 Prozent durch die Gemeinden über die Kreisumlage und nur 5 Prozent aus eigenen Verwaltungseinnahmen. Nur ein Prozent geben die Kreise für so genannte freiwillige Aufgaben, die die Selbstverwaltung aber erst ausmachen, aus. Der Landesrechnungshof hat erst unlängst festgestellt, dass die Aufgabenerfüllung durch die Landkreise zu teuer und auch zu fehlerhaft ist. Dies ist kein Vorwurf an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung oder die Landrätin und Kreistagsmitglieder. Die Mängel sind die Folge der Struktur und die hat die CDU zu verantworten und Rot-Rot-Grün muss dies jetzt korrigieren.

Warum stößt insbesondere die Kreisreform auf Widerstände?

Eine solche Reform hat immer Chancen und Risiken. In der öffentlichen Debatte wird im Regelfall über die Risiken diskutiert. Und diese öffentliche Debatte wird zudem meist durch die politischen Amtsträger wie Landräte, Kreistagsmitglieder und Bürgermeister geführt. Die befürchten Image-, Kontroll- und Steuerungsverluste. Die Debatten sind sehr emotional. Und da die meisten Bürgerinnen und Bürger mit dem Landkreis im Vergleich zur Stadt/Gemeinde wenig Kontakte hat, können sie diese Bedenken aus eigenem Erlebnis nicht bewerten. Und so lassen sie sich stark von den Emotionen tragen. Bei den Gemeinden wissen die Bürgerinnen und Bürger aus eigenem Erleben, dass es Veränderungen geben muss. Dieses eigene Erleben im Bezug auf den Landkreis fehlt meist. Hinzu kommen die bewusst geschürten Ängste, die bei genauer Betrachtung im Regelfall völlig unbegründet sind. Die CDU nutzt das Thema im Kampf gegen Rot-Rot-Grün und ist dabei sogar bereit die Zukunft des Landes zu gefährden. Meine Wahrnehmung ist jedoch, dass sich die Debatten zunehmend versachlichen und die meisten Menschen sich der Reform nicht verweigern. Eine 100-prozentige Zustimmung wird es nicht geben und sollte auch gar nicht das Ziel sein.

Warum hat Innenminister Poppenhäger Weimar und Gera die Kreisfreiheit angeboten, obwohl dies den selbstgegebenen Kriterien der Regierung widerspricht?

Das Vorschaltgesetz und die darin enthaltenen Mindestgrößen wurden vom Landtag und nicht der Landesregierung beschlossen. Der Innenminister hat nun dem Landtag vorgeschlagen, dass auch Weimar und Gera kreisfrei bleiben sollen, auch wenn beide Städte weniger als 100.000 Einwohner haben. Diese Entscheidung des Innenministers ist eine rein politische Entscheidung. Nur unter dieser Voraussetzung war es möglich den Vorschlag der Wirtschaft bei der Kreisneugliederung umzusetzen. Weimar und Gera stehen jetzt vor der großen Herausforderung, den Nachweis zu erbringen, dass sie neben den städtischen auch die Landkreisaufgaben effizient wahrnehmen können. Ich bleibe da bei meinen Zweifeln. Weimar hat die geringste Steuerkraft aller Thüringer Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern. Gera hat pro Einwohner die höchsten Ausgaben bei Hartz IV. Nur in Kooperation mit den Umlandlandkreisen kann die Kreisfreiheit geschultert werden. Wir haben uns dafür entscheiden, nach einigen Jahren die Ergebnisse und Kosten zu analysieren und dann gegebenenfalls andere Entscheidungen zu treffen.

Es gibt drei mögliche Kriterien für die Bestimmung der Kreisstadt: die größte Stadt im Kreise, die schwächste Stadt, oder die zentralste Stadt. Welche halten Sie für die Beste?

Zunächst zur Klarstellung: wenn aus bisher 17 Landkreisen noch acht entstehen, dann reduziert sich auch die Anzahl der Kreissitze von 17 auf acht.
Ich streite dafür, dass die Reform auch dafür genutzt wird, noch bestehende raumordnerische und landesplanerische Defizite zu beheben. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die bisherige Kreisstadt den Status behält, bei der noch die meisten Entwicklungsdefizite erkennbar sind.

Angenommen, Gotha wird Kreisstadt des neuen Kreises "GothIlm". Was erwarten Sie von der Landesregierung für Maßnahmen zugunsten von Arnstadt als Ausgleich für diesen Verlust?

Ausgleichsmaßnahmen müssen an den noch vorhandenen raumordnerischen und landesplanerischen Defiziten orientieren. Diese Defizite sind in Arnstadt im Vergleich zu Gotha größer. In Gotha gibt es eine Fachhochschule, höhere Gerichte, Landesbehörden, die Bundeswehr und die historische Bausubstanz wird durch das Land bewirtschaftet. Dies alles gibt es in Arnstadt nicht. Dafür ist Arnstadt im Nahbereich der Landehauptstadt und verfügt über die größte Industriefläche im Freistaat. Die Ausgleichsmaßnahmen für Arnstadt werden dem Land mehr kosten, als Ausgleichsmaßnahmen für Gotha.
Der Ausgleich muss sowohl finanzieller als auch struktureller Art sein. Bisher ist nur entschieden, dass das Land 5 Mio. EUR als Ausgleichsbetrag an Arnstadt zahlen will. Dies ist nicht zufriedenstellend. Der finanzielle Ausgleich muss über mehrere Jahre erfolgen. Die Ansiedlung von höheren Gerichten, von Außenstellen von Hochschulen, der Ausbau der Polizeistelle, die Verlegung von Landebehörden usw. müssen diskutiert werden. Dies betrifft auch die Überführung des Museums in Landesverantwortung oder die Fertigstellung von Sanierungsmaßnahmen wie der Sportanlage „Am Obertunk“. Ich will, dass derartige Ausgleichsmaßnahmen Bestandteil des Neugliederungsgesetzes werden.
Ein Ausgleich wäre auch die Übertragung von bisherigen Landkreisaufgaben auf die Stadt, so z.B. das Bauordnungsrecht, das Gewerberecht, den Denkmalschutz oder das Wohngeld. Denkbar wäre auch, dass Arnstadt wie Gotha und Ilmenau den Status „Große Kreisangehörige Stadt“ erhält. Dies würde Arnstadt stärken und mehr einbringen als die Beibehaltung des Kreissitzes. Klar muss in Arnstadt eine Außenstelle des Landratsamtes verbleiben, so wie das seit 1994 in Ilmenau der Fall ist. Damit müsste niemand aus Arnstadt nach Gotha fahren, um eine Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Landkreises fällt, erledigen zu können.

Frank Kuschel

Wohnungssanierung „An der Weiße“ startet

Nach fünf Jahren Stillstand startet nun das Vorhaben zur Sanierung der städtischen Wohnungen „An der Weiße“. Zunächst sollen 41 Wohnungen saniert werden. Die Kosten betragen rund 5 Millionen EUR. Das Land fördert mit einem Millionenbetrag. Im Gegenzug darf die städtische Wohnungsbaugesellschaft (WBG) eine Maximalmiete von 5,30 EUR pro qm Wohnfläche im Monat verlangen. Ein Teil der Wohnungen wird barrierefrei errichtet. Die Sanierung erfolgt im mittleren Standard. Ein ungelöstes Problem ist die Bereitstellung von Parkplätzen. Diese sollten im Parkhaus am Rathaus entstehen. Derzeit ist aber völlig offen, ob und wann dieses Parkhaus errichtet wird.

Der jetzige Bauabschnitt ist einer von insgesamt fünf geplanten Bauabschnitten in diesem Wohnquartier.

Wenn dieser erste Bauabschnitt beendet ist, was eventuell bereits Endes des Jahres der Fall sein könnte, wird über den Fortgang der Sanierungsarbeiten zu entscheiden sein. Konkrete Pläne, die über den Status von Absichtserklärungen hinausgehen, gibt es aber noch nicht.

Völlig offen ist dabei, was mit dem ursprünglichen ersten Bauabschnitt werden soll. Dieser sollte bereits 2012 saniert werden. Doch diese Pläne, die vom Stadtrat und Aufsichtsrat der WBG beschlossen wurden, hat Alexander Dill (Der Unabhängige) unmittelbar nach seinem Amtsantritt gestoppt. Und dieser Stopp hat der WBG bisher richtig viel Geld gekostet, Geld, das die Mieterinnen und Mieter der WBG zahlen mussten. Die Verluste für die WBG durch die Nichtumsetzung der Sanierung im ersten Bauabschnitt summieren sich auf über 1 Millionen EUR.

Rund 600.000 EUR hat die WBG direkt für das Bauvorhaben in Planungen und Bauvorbereitungen investiert. Weitere 600.000 EUR musste die WBG als Bilanzverluste verbuchen, weil die Wohnungen in Vorbereitung der Sanierung leer gezogen wurden, dann aber die Sanierung nicht erfolgte. Schließlich entstanden der WBG jährliche Verluste an fehlenden Mieteinnahmen von rund 200.000 EUR. Zu beachten ist, dass die Baupreise seit 2012 um rund 30 Prozent gestiegen sind.

Nun wird spekuliert, dass der Bürgermeister diesen seit Jahren leerstehenden Wohnblock verkaufen oder abreißen lassen will.

Doch warum hat der Bürgermeister diese Sanierung eigentlich gestoppt. Offiziell aus Kostengründen, inoffiziell aber wohl wegen anderer städtebaulicher Absichten.

In die Sanierung der Wohnungen „An der Weiße“ fließen keine städtischen Gelder. Die Finanzierung erfolgt über Fördermittel und die geplanten Mieteinnahmen. Im ersten Bauabschnitt war die Finanzierung, wenn auch über eine sehr langen Zeitraum, ohne städtische Gelder gesichert. Die Fördermittelzusagen des Landes lagen vor. Die Wirtschaftsprüfer, das Landesverwaltungsamt als Fördermittelgeber und die finanzierende Bank haben die Rentierlichkeit der Investitionen (keine Verluste) bestätigt. Doch der Bürgermeister sah da anders und hat zudem die WBG verpflichten wollen, jährlich über 500.000 EUR für die noch offenen Kredite der Wohnungen in Rudisleben, die längst abgerissen sind, aufzubringen. 2008 hatte aber der Stadtrat bereits beschlossen, dass diese Altschulden aus Rudisleben keine Schulden der WBG, sondern Schulden der Stadt sind. Bis dahin hatten die Mieterinnen und Mieter der WBG tatsächlich mehr als 5 Millionen dieser Altschulden bezahlt. Und klar, hätte die WBG nach dem Willen des Bürgermeisters die Schulden weiter zahlen müssen, wäre die Sanierung der Wohnungen „An der Weiße“ finanziell schwierig geworden. Obwohl also der Stadtrat die WBG von den Rudislebener Schulden befreit hatte, informierte der Bürgermeister die finanzierte Bank über diese mögliche finanzielle Zusazbelastung. Nicht überraschend forderte daraufhin die Bank eine Bürgschaft durch die Stadt und schon hatte der Bürgermeister sein Ziel erreicht. Wegen der unklaren Finanzlage der WBG konnte er nun das Sanierungsvorhaben stoppen. Doch er selbst hat diese Situation erst herbeigeführt. Der Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft kennt keinen zweiten Fall, bei dem ein Bürgermeister seine eigene städtische Wohnungsgesellschaft derart „schlechtgerechnet“ hat, um ein persönlich nicht gewolltes Sanierungsvorhaben zu stoppen. Im Übrigen hatte auch eine zweite Bank ein Interesse an der Finanzierung des Sanierungsvorhabens. Wenn Banken aber derartige Vorhaben finanzieren wollen, müssen sie offenbar rentierlich sein. Banken finanzieren keine Verlustgeschäfte.

Dem Bürgermeister waren die Kosten der Sanierung gar nicht so wichtig. Vielmehr ist er von der Vision geprägt, diese Plattenbauten aus DDR-Zeiten am Standort „An der Weiße“ verschwinden zu lassen, zumindest dem Block mit der Geschäftsunterlagerung. Für ihn sind diese Blöcke städtebaulich eine „Wunde“ in unmittelbarer Nachbarschaft zur Altstadt. Und für diese Vision ist dem Bürgermeister kein Preis zu hoch. Die WBG konnte bisher die Verluste aus dem Vorhaben tragen. Finanziert wurden Sie aus den Mieteinnahmen, die für andere dringende Sanierung wie zum Beispiel die Altbausubstanz in der Goethestraße nun nicht mehr zur Verfügung stehen.

Frank Kuschel

Impressum
Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Jochen Traut, Thomas Schneider - Wahlkreisbüro Sabine Berninger verantwortlich. Anschrift der Redaktion: DIE LINKE Arnstadt, Turn-Vater-Jahn– Straße 16, Tel.: 03628/539288;
e-mail: schneider.arnstadt@gmail.com
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint am ca. 04. 07. 2017. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Das aktuelle Buch:

Daniil Granin „Mein Leutnant“

mit einem Vorwort von Helmut Schmidt
Berlin: Aufbau Verlag GmbH & Co. KG
2. Auflage 2015. 329 Seiten

Wir bringen diese Buchvorstellung in der Ausgabe Juni 2017 als Beitrag zum Jahrestag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht vom 22. Juni 1941.

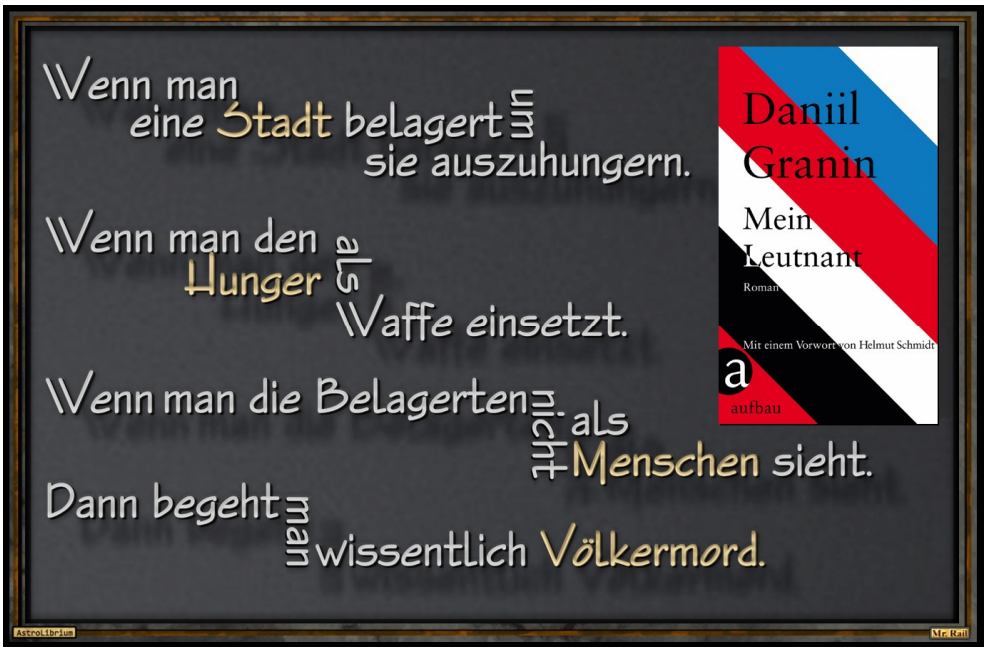
Der Autor Daniil Granin ist bekannt durch „Das Blockadetagebuch“ Band I und II. erschienen 1984 und 1987 im Berliner Verlag Volk und Welt, „Der Bataillonskommandeur“, 1970 und weitere Bücher.

Das hier vorzustellende Buch „Mein Leutnant“ zählt zu den Alterswerken von Granin. Erschienen im Jahr 2015.

Am 27. Jahrestag 2014 hielt Daniil Granin im Deutschen Bundestag die Rede anlässlich der Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus.

Zum Autor.

Geboren am 1. Januar 1919 in Wolyn, Oblast Kursk. Seine Kindheit verbrachte er in Sankt Petersburg (damals Petrograd) dem späteren Leningrad. Er studierte am Polytechnischen Institut Elektrotechnik. Granin wurde Ingenieur und arbeitete ab 1940 in einem Elektrolabor in Leningrad und dann bis 1950 in den Kirow-Werken.



Während des Zweiten Weltkrieges meldete er sich 1941 freiwillig an die Front und wurde Panzeroffizier. Mitglied der KPdSU 1942. Er war von 1954 bis 1969 Sekretär der Leningrader Abteilung des Schriftstellerverbandes der UdSSR.

Bereits im zweibändigen Werk „Die Blockade“, beschäftigte sich Granin mit der Verteidigung Leningrads.

Nunmehr im „reifen Alter“, ist Granin mit dem Buch „Mein Leutnant“ zu diesem Thema zurückgekehrt, wenn auch auf eine völlig neue Art. Es ist die „Weisheit des Alters“, es sind die gewonnenen Erfahrungen des Lebens, mit dem er seinen Stoff, sein Grunderlebnis erzählt.

Es ist der Alltag des Krieges, den uns der Autor mit all seinen Schrecken nahebringt.

Mit dem Vorwort von Helmut Schmidt erhält die Ausgabe des Buches eine besondere Note, einen einmaligen Wert. Beide standen sich „an der Leningrader Front“ direkt gegenüber. Der eine in der Uniform der faschistischen Wehrmacht und der andere in der Uniform des Rotarmisten.

Dazu schreibt Helmut Schmidt in seinem Vorwort: „Der Zweite Weltkrieg war der bislang größte militärische Konflikt in der Geschichte der Menschheit und die schlimmste Katastrophe des Zwanzigsten Jahrhunderts. Allein während der Blockade Leningrads fielen rund eine Million Menschen. Die Deutschen marschierten nicht ein, obgleich ihnen die Stadt offen stand. Der Hungertod der Einwohner war geplant, die Bevölkerung Leningrads fiel einer Hungerstrategie Hitlers zum Opfer. Fast 900 Tage lang war die über drei Millionen Einwohner zählende Stadt vom Hinterland abgeschlossen. Dies war uns deutschen Soldaten 1941 nicht bewusst, wir wussten nichts von den grausamen Plänen. Auch heute, siebzig Jahre später, wissen wir Deutschen sehr wenig davon. ... Daniil Granin ging 1941 freiwillig an die Front, er war bereit, für sein Land zu sterben. Granin und ich, wir sind heute 96 Jahre alt und haben die schlimmsten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges hinter uns. Helmut Schmidt 26. November 2014“ (Seiten 5/6)

So begann der Krieg:

„Der klare Sommerhimmel begann zu brummen, zu beben, der surrende Ton wurde immer lauter. Fliegende schwarze Schatten bedeckten uns. Ich ließ mich vom Eisenbahndamm hinabrollen, warf mich unter den nächsten Strauch, krümmte mich zusammen und steckte den Kopf ins Gestrüpp. Die erste Bombe fiel, die Erde erzitterte, dann hagelte es Bomben, Explosionen mündeten in donnernden Lärm, alles bebte. Flugzeuge griffen im Sturzflug an, eins nach dem anderen gingen auf ihr Ziel los. Und dieses Ziel war ich. Alle versuchten mich zu treffen, rasten direkt auf ihr Ziel zu, sodass die heiße Luft der Propeller meine Haare zauste.

Die Flugzeuge heulten, die fallenden Bomben heulten noch durchdringender. Dieser Ton bohrte sich ins Gehirn, ...“ (Seite 15)

“Dieser Bombenangriff hatte seinen Zweck erfüllt, er hatte mich auf einmal zum Soldaten gemacht“ (Seite 18)

Auf dem Rückzug im Sommer 1941.

„Rast machten wir nicht. Schweißnass klebte die Militärbluse an meinem Körper. Ich keuchte. Der zusammengerollte Mantel war schwer. Trinken war nicht erlaubt. Wir begannen die Gasmasken wegzuwerfen, behielten nur die Leinentaschen. Nachmittags warf ich den dicken Pullover weg. In meinem Rucksack befanden sich eine Tüte Zucker, Konservenbüchsen, eine Auswahl von Medikamenten, die meine Mutter zusammengestellt hatte, eine Rasierklinge, ein Messer, ein Becher, Seife, Unterhosen, eine Feldflasche, Socken, zwei Gedichtbände ... Mit jeder Stunde zog mich dieses Hab und Gutstärker zur Erde herunter.

Eine richtige Nacht gab es nicht, sie brachte keine Abkühlung. Gegen morgen wurde es noch heißer.“ (Seiten 42/43)

Der erste Winter 1941/42 vor Leningrad.

„Der sich hinter unserem Rücken kaum abzeichnende Horizont war leer, kein einziges Licht sah man in der riesigen Stadt leuchten. Manchmal blitzten Scheinwerfer auf und erloschen. 35 Grad Kälte, man musste sich die Wangen und die Nase reiben, mit den Füßen stampfen, hundert Meter hin und her gehen. An meinem Hals waren zwei Furunkel, der Mantelkragen drückte dagegen und scheuerte daran, es tat unerträglich weh. Der Regimentskom-

mandeur stürzte sich während einer Besichtigung wegen der aufgeknöpften Militärbluse auf mich. „Wie verlottert siehst du aus? Was erlaubst du dir?“ Es folgte die Abkürzung eines unanständigen Fluchs. Unter Furunkeln litten viele, aber mich hatte es als Ersten erwischt, ich bekam einen Dienst außer der Reihe aufgebrummt. Ich erklärte dem Oberst, was los war, aber der Zusatzdienst wurde nicht zurückgenommen, weil die Führung sich nicht irren konnte.“ (Seite 133)

Es geht vorwärts!
Der Vormarsch beflügelte uns. Wir stürmten vorwärts und brachten alle Berechnungen der Stabsoffiziere durcheinander. Wir nahmen Verluste in Kauf, obwohl es wesentlich weniger geworden waren. Im Mai 1944 schlugen sich die deutschen Soldaten genau wie wir 1942 nachts durch die Sümpfe zu ihren Truppen durch, ohne die auf Rückzug befindliche Front einholen zu können.“ (Seite 234)

Nach Jahren ...
„Das Ende der Blockade jährte sich wieder einmal, und die Obersten des Stadtbezirks hatten mich aus diesem Anlass zu einem Treffen zwischen Jugendlichen und Zeitzeugen in ein Restaurant eingeladen. Man setzte mich neben einen General, der ebenfalls an der Leningrader Front war. Wir saßen am Präsidiumstisch, der gewöhnlich quer zu den übrigen Tischen im Saal steht und an dem man stets besonders gut bewirtet wird. Da gibt`s nicht nur Lachs, sondern auch Stör, ein bisschen mehr Kaviar und einen Kognak, der einen Stern mehr hat.“ (Seite 284)
Eine Begegnung, Jahre nach dem Krieg.
Während des Krieges hatte es in den Schützengräben sowohl bei uns als auch bei den Deutschen Weiße Nächte gegeben, aber die waren anders. Wir erinnerten uns daran, dass man in diesen Nächten keine Leuchtraketen sah, denn man konnte auch ohne sie das Niemandsland erkennen, das war bequem, aber ohne Zauber.

>Eine märchenhafte Stadt ...< Gustav schwieg und fügte hinzu >Wie gut, dass sie nicht zerstört wurde, dass wir hier nicht eingefallen sind<. >Wie gut, dass wir uns nicht ergeben haben<, sagte ich. Mir kam der Gedanke, dass wir, von allem anderen abgesehen, die Stadt der Weißen Nächte bewahrt hatten. Viele hatten wir bewahrt, aber die Menschen hatten wir nicht zu bewahren vermocht“. (Seiten 328/329)
„Unser Krieg war ungeschickt, unsinnig aber das wurde nicht gezeigt und darüber wurde nicht geschrieben. Unser Krieg war ein anderer“. Daniil Granin

Ein Streifzug durch das Buch.
Ein Buch über Menschen im Krieg.
Heute stehen wieder deutsche Soldaten an den Grenzen zu Russland.
Haben wir Deutschen aus der Geschichte nichts gelernt?

Jochen Traut

Rot-Rot-Grün im Bund?

Möglich?
Mit welchen Chancen?
Zu welchem Preis?

Fraktion Vor Ort!

Diskussionsrunde mit:

- **Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff**
  (Chef Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur-, Bundes- und Europaangelegenheiten)
- **Ralph Lenkert**
  (Bundestagsabgeordneter)
- **Anke Hofmann-Domke**
  (Direktkandidatin für den Wahlkreis Ilm-Kreis/Gotha)

Wann?
Montag, 12. Juni 2017, 18:30 Uhr

Wo?
Hotel Stadthaus (Pfarrhof 1), Arnstadt

Aus dem Kalten Krieg: Vor 60 Jahren – Tod in den Iller-Fluten

In den 62 Jahren, die die Bundeswehr mittlerweile besteht, wurde die Armee der BRD mit zahlreichen sie schmücken sollenden Attributen bedacht, womit ihr regierungs- und propagandaamtlich die Aura von etwas Positivem, unbedingt Notwendigem und daher Unverzichtbarem gegeben wurde, um die gewünschte Akzeptanz bei der Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger wie auch der angrenzenden Staaten zu erreichen: „Staatsbürger in Uniform“, „Verteidigung von Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ - also des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, obwohl sich dieses bekanntlich auf mehrere Staaten verteilt, weshalb folglich nur der in der BRD lebende Teil von dieser in Anspruch genommen werden darf – und dann gar noch der so recht zu Herzen gehende Begriff „die Armee der Einheit“, was nun freilich, milde ausgedrückt, schlichtweg als Propagandamärchen des seinerzeitigen Militärministers Volker Rühe einzuordnen ist. Was der Öffentlichkeit hartnäckig vorenthalten wird, ist die so nackte wie brutale Tatsache, dass diese Bundeswehr als Ausgeburt Adenauerscher Remilitarisierungs- und Wiederaufrüstungsbestrebungen nicht nur gegen den Willen einer großen Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger aufgestellt, sondern für die Zwecke jener gegen die sozialistischen Länder Europas, insbesondere die DDR, gerichteten Aggressionspolitik mit einer Eile aus dem Boden gestampft wurde, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Es liegt auf der Hand, dass bei solcher Hektik trotz aller bereits abgeschlossenen mehr oder weniger getarnt gewesenen Vorbereitungen und Vorstufen in Gestalt des Bundesgrenzschutzes als Kaderreservoir dieser Armee schwere Pannen, aufsehenerregende Skandale und schlimmste Unglücksfälle nicht ausblieben. Wie mit solchen, Notwendigkeit und Berechtigung von Remilitarisierung und Wiederaufrüstung mehr als nur in Frage stellenden Ereignissen umzugehen war, hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer längst vorgegeben: Gegenüber der Öffentlichkeit war herauszustellen, dass beispielsweise Unglücksfälle und Katastrophen keineswegs durch schwere Fehler des politischen und militärischen Systems verursacht würden, „sondern die Schuld eines Einzelnen oder mehrerer Einzelner zu der Katastrophe geführt hätten.“ So wurden selbst Warnungen, Vorbehalte und Kritiken noch einigermaßen realistisch denkender, das aggressive und friedensgefährdende „roll back“ dessen, was in der kapitalistischen Welt unter Kommunismus verstanden wurde, aber grundsätzlich mittragender Politiker und Militärs kurzerhand vom Tisch gewischt: Als sich der Bundestagsabgeordnete Fritz Eschmann (1909 - 1997), immerhin Hauptmann der Wehrmacht und Träger des Ritterkreuzes gewesen, namens der SPD-Fraktion gegen die „sinnlose Hast und Überstürzung“ bei der Aufstellung der Bundeswehr aussprach, schickten die Regierungsparteien prompt den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Richard Jaeger (1913 – 1998, CSU), SA-Mann seit 19331, Verfechter der Todesstrafe2 und eines antiquierten Frauenbildes3, vor, der als treuer Diener seines Kanzlers empört jede Schuld der Politik zurückwies.

Was hier behandelt werden soll, war eines der Ergebnisse jener „sinnlosen Hast und Überstürzung“, die keineswegs aus Übereifer oder bloßem Dilettantismus an den Tag gelegt wurden, sondern ihre Ursachen im Streben nach rascher Kriegsbereitschaft dieser Bundeswehr hatten, um zuallererst und schnellstmöglich die DDR „zum Verschwinden zu bringen“ (Egon Bahr), was Konrad Adenauer bekanntlich verlogen als „Befreiung der Zone“ verniedlichte und rechtfertigte: Vor 60 Jahren, am 3. Juni 1957, fanden 15 gerade erst eingezogene und daher im Grundwehrdienst befindliche Soldaten des Luftlandejägerbataillons 19 bei Hirschdorf im bayerischen Landkreis Kempten einen grausamen Tod in den reißenden Fluten der Iller. Das waren 15 sinnlos geopferte Menschenleben, 15 sinnlos geopferte junge Männer, die ihre ganze Zukunft noch vor sich gehabt hatten und die sie mit Sicherheit in Frieden und nicht als Kanonenfutter erleben wollten. Fallschirmjäger hatte keiner von denen, die als Angehörige des Jahrgangs 1937 erstmals am 1. April 1957 zum Dienst in der von Anfang an als Wehrpflichtarmee aufgestellten Bundeswehr eingezogen worden waren, werden wollen. Da sich für die eigentlich aus Freiwilligen bestehen sollenden Fallschirmjäger-Einheiten freilich nicht genügend junge Männer fanden, denen es nach der furchtbaren Katastrophe von 1945 schon wieder nach Draufgängertum und „Heldentod“ gelüstete, wurde unter den Eingezogenen kräftig geworben und ihnen dieser Dienst schmackhaft gemacht, der 15 von ihnen alsbald das Leben kosten sollte: Der 3. Juni, ein Montag, begann scheinbar ganz normal, wenn denn solchem Wort im militärischen Sinne einmal eine gewisse Berechtigung zugestanden werden darf – nach Wecken und Befehlsempfang war für die Zeit von 7.00 Uhr bis 12.00 Uhr Gefechtsausbildung vorgesehen, verantwortlich für diese zeichnete der Kompaniechef, Oberleutnant Alfred Sommer. Es folgten von 14.00 Uhr bis 14.50 Uhr Unterricht am MG 19, verantwortlich: Zugführer Stabsoberjäger (ab 1959 als Stabsunteroffizier bezeichnet, dem Unterfeldwebel in der NVA vergleichbar) Josef Schäffler, 15.00 Uhr bis 15.50 Uhr Wachexerzieren, ebenfalls in Verantwortung des Zugführers, 16.00 Uhr bis 16.45 Uhr Waffenreinigen, verantwortlich: Gruppenführer. Nun war zwar in Kempten in aller Eile eine Garnison aus dem Boden gestampft worden, allein, der völlig überhastete Aufbau einer in kürzester Frist auf Kriegsbereitschaft zu trimmenden Bundeswehr hatte auch hier seinen Tribut gefordert: Sämtliche Übungen mussten im freien Gelände stattfinden, da es zu diesem Zeitpunkt keinen gesicherten Exerzierplatz gab. Das gefährdete zum einen die öffentliche Sicherheit, wenn Zivilpersonen ungehindert diesen Bereich betreten konnten, und zum anderen musste auf die für die Soldaten vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen weitgehend verzichtet werden. So rückte denn die Kompanie frühmorgens aus der Kemptener Prinz-Franz-Kaserne ins Übungsgelände aus - die Riederau an der Iller, eine zur Gemeinde Sankt Lorenz gehörende freie Wald- und Feldflur. Doch es waren nicht nur die völlig unzulänglichen materiell-technischen Bedingungen, die diesen wie auch andere Unglücksfälle und Katastrophen begünstigten – der Armee, die in vier Jahren, wie die „Bonner Rundschau“ vom 9. Juli 1961 so schön formuliert hatte, zum „Schießkrieg“ gegen die DDR in der Lage sein sollte, zu einem siegreichen, versteht sich, mangelte es angesichts dessen auch an ausreichend geschulten, befähigten und erfahrenen Ausbildern. Den zuständigen Minister Franz Josef Strauß (1915 – 1988, einstiger Oberleutnant der Wehrmacht), der ohnehin nur noch einen „Fall“ kannte, den „Fall Rot“, und dieserhalb am 1. August 1961 forderte, „dass der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein muss“, focht das nicht an: Laut Stärkenachweis sollte jede Kompanie über mindestens drei Offiziere verfügen, den Kompaniechef und zwei Zugführer. Nur jeweils ein Zug der Kompanie, die normalerweise drei, im Einzelfall vier Züge hatte, durfte von einem Oberfeldwebel geführt werden. Dreißig Prozent all dieser Offiziersstellen des Heeres waren jedoch zu diesem Zeitpunkt lediglich provisorisch mit Unteroffizieren besetzt. Dessen Vize-Inspekteur, Brigadegeneral von der Groeben, meinte achselzuckend: „Junge Offiziere sind Mangelware. Der Nachwuchs von den Kriegsschulen (Gemeint waren die Offiziersschulen des Heeres – d.V.) kommt nur zögernd.“ Erst im März des Jahres 1958 würden die Lücken nach seiner Berechnung wenigstens teilweise geschlossen werden können. Dennoch bestand Minister Franz Josef Strauß darauf, Wehrpflichtige ohne Rücksicht auf das Fehlen geeigneten Führungs- und Ausbildungspersonals einzuziehen. Dem Wahn, den „Fall Rot“ ganz schnell und mit aller Radikalität zugunsten einer kapitalistischen Restauration zu entscheiden, wurde alles untergeordnet, alles geopfert. So war es kein Wunder, dass der außer mit Ausbildungsaufgaben zusätzlich durch die Militärbürokratie überlastete Kompaniechef an jenem verhängnisvollen Tag die Leitung der Gefechtsausbildung bereits nach zwei Stunden in Unteroffiziershände gelegt und das Gelände verlassen hatte, um „dringende innerdienstliche Aufgaben“ zu erledigen. Zugführer Schäffler, dem ein Fußleiden zu schaffen machte, hatte es ihm

gleichgetan, den Befehl an seinen Stellvertreter, Stabsoberjäger Julitz, abgegeben und sich auf eine nahegelegene Brücke über die Iller zurückgezogen, von der er das weitere Geschehen beobachtete. Der im Oberallgäu entspringende 147 km lange und bei Ulm in die Donau mündende Fluss war noch nie ein bestenfalls munter sprudelndes und lieblich plätscherndes harmloses Gebirgsbächlein gewesen, sondern angesichts einer Wasserführung von 70,9 m³/s schon einem reißenden Strom vergleichbar. Demgegenüber beträgt die Wasserführung der Donau an der Illermündung lediglich 53 m³/s. So kann ein Durchwaten der Iller bei einem Wasserstand von etwa 1,30 m schon eine lebensgefährliche Angelegenheit sein, ohne Sicherungsmaßnahmen wird man leicht und unweigerlich von den Wassermassen mitgerissen, ist also dem nassen Tod nahezu hilflos ausgeliefert. Das freilich war dem gerade im 24. Lebensjahr stehenden Stabsoberjäger Dieter Julitz ebenso wenig bekannt wie ihm angesichts seiner erst neun Monate andauernden Dienstzeit auch das notwendige Wissen zum gefahrlosen Überwinden von Wasserhindernissen fehlte. Als einstiger Angehöriger der Bereitschaftspolizei von Berlin (West) hatte er bei seinem Eintritt in die Bundeswehr keinerlei militärische Vorkenntnisse mitbringen können, zudem war ihm, dem immerhin stellvertretenden Zugführer, das bestehende Verbot jeglicher Iller-Durchquerung, die ohnehin niemals am Beginn, sondern allenfalls am Ende der Ausbildungszeit stehen durfte, in der Hektik des Garnisonsaufbaus nicht mitgeteilt worden. Dafür war ihm in einem dreiwöchigen Lehrgang an der Fallschirmspringerschule der US-amerikanischen Armee in Augsburg beigebracht worden, wie man Soldaten ohne jede eigene Hemmung und ohne jede Bedenken zu hirnlosen, brutalen und rücksichtslosen „Kampfmaschinen“ abrichtet. Vorbild, ja geradezu Idol, waren dabei die ob ihrer Brutalität gefürchteten und berüchtigten Angehörigen der Marine-Infanterie, die sogenannten „Ledernacken“. Nassforsches Draufgängertum statt gründlichem Nachdenken war demzufolge nicht lediglich eine negative persönliche Eigenschaft des unerfahrenen, aber schnell beförderten Stabsoberjägers Julitz, sondern gehörte zu den Methoden, mit denen eine schnelle Kriegsbereitschaft der Bundeswehr erreicht werden sollte. So befahl er denn seinen 28 Untergebenen am Schluss der Zigarettenpause am Iller-Ufer: „Fertigmachen!“ Dem folgte der Befehl: „So, jetzt gehen wir noch durch die Iller: Im Ernstfall müssen wir das ja auch tun. Los, alle mir nach!“ „Im Ernstfall“ - wer, wenn nicht die herrschende Politik samt US-amerikanischem Drill nach „Ledernacken“-Art hatte den jungen Mann zu solchem Denken erzogen, noch dazu in einer Zeit, in der die Bundeswehr erst im Aufbau war, wo sich einander aufhebende oder widersprechende Weisungen massenhaft auf die noch unfertigen und somit nur eingeschränkt arbeitsfähigen Dienststellen und Einheiten herniederflatterten? Welche Gedanken bewegten die 28 jungen Männer angesichts des, vorsichtig ausgedrückt, schnell dahinströmenden rauschenden Wassers der hier etwa 50 m breiten und 1,30 m tiefen Iller? Konnten sie überhaupt noch einen klaren Gedanken fassen, Bedenken geltend machen, den Befehl gar verweigern? Konnte überhaupt einer an diese Möglichkeit denken, wo doch in imperialistischen deutschen Armeen seit Jahrzehnten der Grundsatz des Kadavergehorsams galt? „Befehl ist Befehl!“ - damit hatte schließlich schon so mancher sein Gewissen beruhigt, auf den „Befehlsnotstand“ hatten sich auch tausende von Nazi- und Kriegsverbrechern berufen, als sie nach dem 8. Mai 1945 von alliierten Gerichten zur Verantwortung gezogen wurden. Freilich behaupteten verantwortliche Politiker und Offiziere hinterher, die Möglichkeit der Befehlsverweigerung habe jedem offen gestanden, doch wie es damit wirklich aussah, musste in jener Zeit ein Feldwebel im schleswig-holsteinischen Neumünster erleben: Eingesetzt bei einer Versorgungskompanie sollte er, mit dem die unmittelbaren Vorgesetzten sehr zufrieden waren, plötzlich versetzt und als Ausbilder neueingezogener Soldaten tätig werden. Sein Hinweis, dass er darin keinerlei Erfahrungen habe und daher dieser Aufgabe nicht gewachsen sei, wurde brüsk zurückgewiesen. Als er daraufhin den unsinnigen Befehl verweigerte, wurde er sofort in Haft genommen. Ob die jungen Soldaten über die ihnen drohenden Gefahren nachdachten oder sie wenigstens ahnten, ist nicht überliefert. Dazu Auskunft geben können allenfalls noch lebende Beteiligte, die es damals mit letzter Anstrengung geschafft hatten, dem Tod in der reißenden Strömung zu entrinnen. Ebenso wenig ist überliefert, weshalb der die Vorgänge aus einiger Entfernung von der Brücke beobachtende Zugführer Schäffler nicht eingriff, obwohl er, der immerhin drei Jahre Kriegsdienst in der Wehrmacht des „Dritten Reiches“ hinter sich hatte, erkennen musste, welche Gefahr drohte, als sich die ersten Soldaten, Stabsoberjäger Julitz natürlich voran, anschickten, den reißenden Gebirgsfluss zu durchschreiten. Zudem kannte er die Vorschrift, wonach jede Flussdurchquerung streng verboten war. Später sollte ihm die Erklärung zugeschrieben werden, „im entscheidenden Augenblick nicht daran gedacht zu haben“, was nun für einen Zugführer eine wahrlich seltsame Begründung darstellt. Es dauerte nur Sekunden, bis die reißende Strömung den jungen Soldaten die Beine wegriss und sie allen und immer verzweifelter werdenden Versuchen, den dahinschnellenden Wassermassen standzuhalten, zum Trotz flussabwärts trieb und dabei so manchen gegen große Steine, Brückenpfeiler oder Baumwurzeln schleuderte. Am Ende des ungleichen Kampfes war es nur 14 von 29, darunter Stabsoberjäger Julitz, gelungen, das Ufer zu erreichen und so gerade noch das nackte Leben zu retten. Jeder von ihnen war nach diesem schrecklichen Ereignis körperlich und seelisch völlig am Ende, für die nächsten Jahre, mancher vielleicht auch bis ans Lebensende, gezeichnet von den Schrecknissen, die jener so unsinnige wie folgenschwere Befehl hatte, ja, unweigerlich haben musste. Fünfzehn von ihnen aber hatten es nicht geschafft, waren, von der Gewalt der Strömung fortgerissen und unter Wasser gedrückt, ertrunken oder gegen Felsen, Brückenpfeiler, Baumwurzeln geschleudert und dabei zerschmettert worden. Fünfzehn junge Männer waren eines so grausamen wie grauenhaften Todes gestorben!

Bild: Dafür wurden auch die vor 60 Jahren in der Iller einen grausamen Tod erlitten habenden 15 jungen Menschen geopfert: Am 10. August 1961 inspiziert General Hans Speidel, Chef der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, gefechtsbereite Einheiten der Panzerbrigade II in ihrem Bereitstellungsraum an der Staatsgrenze zur DDR.

Repro: Sammlung Verfasser

Hans-Joachim Weise

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Termine im Juni

06.06.17	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
06.06.17	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau. Topfmarkt 4; DIE LINKE
06.06.17	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16
09.-11.06	15.00 Uhr	2. Tagung 5. Bundesparteitag DIE LINKE. Hannover, Theodor-Heuss-Platz; Congress-Zentrum
12.06.17	09.00 Uhr	Geschäftsführender Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
12.06.17	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße 14; Landratsamt
12.06.17	19.00 Uhr	Halbzeitbilanz von rot-rot-grün in Thüringen mit dem Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes-und Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Benjamin Hoff
13.06.17	09.00 Uhr	Info-Stand. Arnstadt, Erfurter Straße; „Hopfenbrunnen“
13.06.17	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
14.06.17	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
14.06.17	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt, Brauhausstraße 1-4; Stadthalle
15.06.17	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau, Markt; Rathaus
16.06.17	16.00 Uhr	„THÜRINGEN ROCKT“. Erfurt; Messe mit Konstantin Wecker ab 19.00 Uhr
18.06.17	10.00 Uhr	„Roter Stammtisch“. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
19.06.17	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
21.06.17	16.00 Uhr	Kreiswahlbüro. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
21.06.17	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16
22.06.17	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt, Markt; Rathaus
22.06.17		Jahrestag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion

Thüringen rockt!
16.06.2017
Messe Erfurt
DIE LINKE.

Eintritt frei. ***Soliarmband 5€.***

In der Geschäftsstelle. Arnstadt Turn-Vater-Jahn-Str. 16